

Literaturbesprechung zu: Klaus R. Allerbeck: Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen- Vergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag 1980

Kleining, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kleining, G. (1982). Literaturbesprechung zu: Klaus R. Allerbeck: Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen-Vergleich. Opladen: Westdeutscher Verlag 1980. [Rezension des Buches *Politische Ungleichheit : ein Acht-Nationen-Vergleich*, von K. R. Allerbeck]. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 34(1), 156-158. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-29765>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

land auszugeben. Damit würde potentiell die Effizienz der Hilfe gesteigert und gleichzeitig die inländische Basis der Forderung nach immer mehr Entwicklungshilfe geschwächt.

Sofern es überhaupt noch Hilfe gibt, sollte diese nur bilateral, nie multilateral sein, um ein Minimum an Kontrolle über die Verwendung seitens des Gebers zu erhalten. Auch im Inland haben die Steuerzahler und Wähler schließlich ein Recht zu kontrollieren, was mit ihrem Geld geschieht. Außerdem sollte Entwicklungshilfe nur noch an solche Länder gehen, die dem Westen und seiner Wirtschaftsordnung positiv gegenüberstehen. Von besonderer Bedeutung bei der Reform der Wirtschafts- und Entwicklungshilfe ist, daß die Lobby dafür – Lieferanten, Bürokraten, internationale Organisationen – geschwächt wird, um auf Dauer ein Auslaufen zu ermöglichen. Aus *Bauers* (S. 140) negativer Beurteilung von Entwicklungshilfe folgt seine Beurteilung des *Brandt*-Berichtes, der deren Ausweitung empfiehlt: „The report is not a programme for survival. Rather, it is a signpost to political conflict, and a recipe for economic waste.“

Nach der gängigen öffentlichen Meinung behindert Kolonialstatus die Wirtschaftsentwicklung, ebenso Landknappheit, Bevölkerungsdichte und Bevölkerungswachstum, ebenso der Verzicht auf staatliche Entwicklungsplanung und eine freie Außenwirtschaft bei hoher Importabhängigkeit. Es gibt ein Land, das unter all diesen ‚Nachteilen‘ zu leiden hat: Hongkong. Aber dessen Wirtschaft blüht, hat mit die höchsten Wachstumsraten in der Welt. Das zeigt, daß die gängigen Vorstellungen falsch sind.

In diesem Zusammenhang erwähnt *Bauer* (S. 187), daß der Kolonialstatus die Politisierung hemmt und die Konzentration der Bürger auf die Wirtschaft statt auf politische Verteilungskämpfe zu begünstigen scheint: „The absence of election promises, together with an open economy and limited government, have much reduced the prizes of political activity and hence the interest in organizing pressure groups.“ *Bauer* (S. 190) hält es für wichtiger, daß die Staatstätigkeit begrenzt wird, als daß die Wähler die Staatsorgane kontrollieren können.

Bauers Aufsatzsammlung ist anregend, weil provozierend. Es wird wohl nur wenige Leser geben, die ihm überall zu folgen bereit sind, dafür aber viele, die ihre eigenen Auffassungen

in jedem Kapitel herausgefordert finden. Wer liest, um vertraute, populäre oder eigene Auffassungen bestätigt zu finden, der kann sich die Lektüre dieses Buches sparen.

Erich Weede

POLITISCHE SOZIOLOGIE

Klaus R. Allerbeck, Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen-Vergleich. Forschungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Opladen: Westdeutscher Verlag 1980. 89 Seiten. Preis: DM 20,-.

Man denke sich als Ideal, alle politischen Aktivitäten der Bürger in einer Demokratie – vom Wählen bis zum Demonstrieren – seien, wie ausgeprägt auch immer, doch sozial gleich verteilt. Dann kann man die Frage stellen: Wie nahe sind wir diesem Ideal? Oder auch umgekehrt: Wie entfernt ist das Ideal von der Realität? Der Forschungsbericht von *Klaus R. Allerbeck* versucht, eine Antwort zu geben. Das Ergebnis, zusammengefaßt: Politische Partizipation ist in 7 westeuropäischen Ländern (Italien, Niederlande, Bundesrepublik, Großbritannien, Schweiz, Österreich, Finnland) und den USA ungleich verteilt; höhere Schichten, mittlere Altersgruppen (22 bis etwa 50 Jahre) und Männer sind in jeder Gesellschaft vergleichsweise am meisten politisch aktiv. *Allerbeck* nennt das „Partizipationsdisparität“.

Die Teilnahme an politischer Aktivität steigt generell mit steigender sozialer Schicht, und zwar für Anhänger aller Parteien. Die vergleichbar höchste Abhängigkeit oder stärkste Disparität ist in den USA zu finden, zeigt in Österreich und Finnland geringste Abhängigkeit, die Bundesrepublik liegt etwa in der Mitte der untersuchten Länder.

Anhänger linker Parteien sind politisch tendenziell aktiver als Anhänger rechter Parteien oder Parteien der Mitte (Ausnahme Großbritannien, USA), besonders stark ist dies bei nicht-konventioneller Partizipation zu beobachten (Demonstrationen).

Die größtenteils plausiblen und auf wenige Sätze reduzierbaren Ergebnisse zeigen, nach

Meinung des Autors (S.7), eine eigentümliche Umkehr des Verhältnisses von Daten und Deutung bei dieser 8-Nationen-Studie im Vergleich zu Umfragen in nur ein oder zwei Ländern: viele Daten dort, aber wenig Gemeinsames; dagegen wenig Daten hier, aber viele Interpretationsmöglichkeiten. Zusätzlicher Forschungsaufwand scheint die Deutungschancen zu verringern. Dieses, einen Sozialforscher möglicherweise frustrierende Faktum, ist jedoch positiv zu werten: Grundmuster werden erst bei Betrachtung verschiedener und möglichst deutlich unterschiedlicher Gesellschaften sichtbar. So bleibt als Substrat die Partizipationsdisparität in allen diesen Ländern und die Konzentration der Teilnahme auf wenige soziale Gruppen.

Hat sich, um dieses zu sagen, der Forschungsaufwand gelohnt? (So, als wolle man durch Umfrageforschung die Tatsache der sozialen Ungleichheit nachweisen, mit der differentielle politische Partizipation ja offensichtlich in Beziehung steht?) Ja und nein. Neu sind einige Ergebnisse, wie der überraschende Umstand, daß die Unterstützung der Arbeiterparteien bei ihren Anhängern in den höheren Schichten stärker ist als bei denen, auf die ihre Programme eigentlich zielen. Dies herausgefunden zu haben, ist dankenswert.

Die Problematik des Unterfangens scheint mir jedoch in Zweierlei zu liegen: Zum einen in einem meiner Meinung nach nicht genügend komplex aufbereiteten Datensatz, zum anderen in der zu engen Beschränkung auf die Beantwortung der eingangs gestellten Frage.

Zur Komplexität: Hier hätte man zusätzliche Variablen in die Interpretation einführen sollen, wie die Wohnortgröße (im internationalen Vergleich ohnehin häufig unterschlagen), hier aber wahrscheinlich aussagekräftig: Ist die Partizipation in Großstädten stärker als auf dem Land? Vor allem: Können die Differenzen zwischen den Nationen irgendwie auf einen Nenner gebracht werden, der zu einer „Reihenfolge“ der Nationen führt? Wenn es schon ein „Ideal“ der gleichmäßigen Partizipation gibt, können die hier untersuchten Nationen daran gemessen werden und welche schneidet am besten ab? Zur Beschränkung der Untersuchung auf das Ausmaß unterschiedlicher Partizipation: Dieser Einwand ist gra-

vierender. Wenn eine Untersuchung mehr Fragen aufwirft, als sie beantwortet, dann ist ihre Thematik zu einseitig. In Fragen an die Daten umgesetzt: Wie sehen die Gruppierungen in jeder Gesellschaft aus, bei denen die politische Partizipation besonders ausgeprägt bzw. besonders schwach vertreten ist? Wie unterscheiden sich diese Gruppen, nicht nur nach Geschlecht, Alter und Schicht, sondern beispielsweise auch nach Lebenszyklus und Lebensstil, Selbstbild, Wertverständnis, Mentalitäten? Das würde zur Frage führen, von welchen Bedingungen es abhängt, daß sich Menschen in unterschiedlichem Maße politisch beteiligen, worüber man ebenfalls gerne Hypothesen oder Ergebnisse gelesen hätte.

Möglicherweise hätte eine zweistufige Anlage der Untersuchung mehr gebracht als eine einmalige Umfrage, und man hätte auch gerne eine Reduzierung der Länder oder der Samples (eine kurze Charakterisierung wäre hier nützlich gewesen) zugunsten von mehr „Fleisch“ in Kauf genommen. Eine Erhöhung der Anzahl der Untersuchungsgegenstände und damit der Anzahl der thematischen Zusammenhänge, also eine Verschiebung der Untersuchung in Richtung auf Fallstudien von Extremgruppen politischer Partizipation hätte der Studie gut getan. Diese Mehrgleisigkeit macht ja gerade den Reiz und die Informationsfülle der berühmten „Civic Culture“-Untersuchung von *Almond* und *Verba* (1963) aus, die, in weiterem Sinne, auch dieser Studie als Vorbild diente.

Methodisch weist die Untersuchung einen Fortschritt gegenüber ihren Vorgängern auf, der genannten (1963) und der auf sie folgenden von *Verba*, *Nie* und *Kim* (1978). Die Verwendung von Faktorenanalysen zur Bestimmung der Items zur konventionellen und nicht-konventionellen Partizipation ist einleuchtend. Weniger überzeugt hat mich der Versuch, einen international vergleichbaren Index zur Messung von sozialer Schicht dadurch zu gewinnen, daß 5 Variablen so gewichtet werden, daß sie die subjektive Zuordnung zu drei Schichten möglichst gut reproduzieren. Die Abweichung der Werte des so konstruierten Index' von der subjektiven Zuordnung (erklärte Varianz zwischen 15 % und 31 %) können nicht ohne Nachweis als Verbesserung der bekanntermaßen schlechten, weil stark von den vorgegebenen Schichtbezeichnungen abhängigen, subjektiven Zuordnung angesehen werden. Besser wäre

meines Erachtens gewesen, die auch sonst in der Umfrageforschung übliche Zuordnung zu Berufskreisen bzw. nach der Treiman-Skala (Treiman 1977) zum Berufsstatus vorzunehmen, wenn man denn schon auf die Klassen-Einteilung (warum eigentlich bei Umfragen mit politisch relevanten Themen?) verzichten will.

Literatur

Almond, Gabriel A., und Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton N. J. 1963.

Barnes, Samuel H., und Max Kaase, u. a., *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills, London 1979.

Treiman, Donald J., *Occupational Prestige in Comparative Perspective*, New York u. a. 1977.

Verba, Sidney, Norman H. Nie und Jae-on Kim, *Participation and Political Equality. A Seven Nation Comparison*, Cambridge 1978.

Gerhard Kleining

Volker Hauff (Hrsg.), *Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Politische Dimensionen und Reaktionen (Argumente in der Energiediskussion, Bd. 9)*. Villingen-Schwenningen: Neckar Verlag 1980. VII und 550 Seiten. Preis: DM 28,-.

Der Sammelband, auf Tagungen im Rahmen des vom Bundesforschungsministerium veranstalteten „Bürgerdialogs“ zurückgehend, knüpft thematisch an Bd. 3 dieser Reihe an (Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen, 1977), dessen wissenschaftliche Reaktion ebenfalls bei *Ottbein Rammstedt* lag.

Im ersten Teil erörtert *Friedbart Hegner* die historisch-gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und politisch-sozialen Funktionen von Bürgerinitiativen und legt *Wolfgang Rüdig* eine Bestandsaufnahme der „empirischen Befunde“ vor. Der zweite Teil umfaßt Analysen, die das Verhältnis der Parteien (*Uwe Thaysen*) und Gewerkschaften (*Ulrich von Alemann, Peter Mambrey*), der evangelischen (*Kurt Oeser*) und katholischen Kirche (*Waldemar Ruez*) zur Bürgerinitiativbewegung betreffen. Eine „Selbsterörterung“ erfolgt im dritten Teil durch Bei-

träge von *Wolfgang Sternstein* und *Theodor Ebert* sowie den Abdruck eines Orientierungspapiers des *Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU). Die „politischen Dimensionen der Bürgerinitiativen“ werden im vierten und letzten Teil von *Horst-Dieter Rönsch* im Hinblick auf die „grünen Listen“, von *Kurt Oeser* in bezug auf „reaktionäre Tendenzen“ und von *Ottbein Rammstedt* in Rücksicht auf den „Ideologisierungszwang“ ökologischer Sinngebung aufgewiesen.

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten sind vor allem die folgenden Argumentationsmuster und Thesen hervorzuheben: *Friedbart Hegner* kritisiert eine „Übergewichtung des Politischen“ und eine „Abstraktion vom Alltagsleben und -handeln“ eines Großteils der Bevölkerung seitens der Autoren, die vorschnell einen *Wirkungszusammenhang* aus der *Gleichzeitigkeit* von ökonomischen und politischen Krisentendenzen und dem Entstehen „neuartiger sozialer Gruppierungen“ herleiten. Die bürgerliche Selbstorganisation sei zu differenzieren in stille bzw. demonstrative Selbsthilfegruppen und demonstrative Initiativ- oder Protestgruppen mit jeweils unterschiedlichen Aktions- und Organisationsformen. *Wolfgang Rüdig* schätzt die Zahl der Umwelt-Bürgerinitiativen, die i. d. R. keine „single issue“-Ausrichtung verfolgen, für das Jahr 1978 auf ca. 3000–4000 mit einem Aktivpotential von bis zu 230000 Personen. Die Mitglieder sind überwiegend männlich, zwischen 24 und 40 Jahre alt und haben eine höhere Schulbildung. *Uwe Thaysen* stellt fest, daß keine der drei Bundestagsparteien durch Bürgerinitiativen „existentiell bedroht“ sei, und schließlich sei wohl auch mit „mehrheitsfähigen Bürgerinitiativen ... grundsätzlich Parlamentarismus zu machen“. Jedoch wird eine Konfrontation mit den „Bürgerinitiativen zweiter Generation“ erwartet, deren Aktionsradius nicht mehr nur „lokal oder kommunal“ ausgelegt sei, sondern die vermehrt im Zeichen einer generellen ökologisch-politischen Zielsetzung stehen. *Ulrich von Alemann* und *Peter Mambrey* zeigen auf, daß die gegenwärtige Beziehung zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen „eher konfliktträchtig denn kooperativ zu nennen“ ist. *Kurt Oeser* dokumentiert die Erklärungen der evangelischen Kirche, *Waldemar Ruez* begründet, warum die katholische Kirche in der Kernenergiekontro-